

Herr Gleß führte ergänzend zur Sitzungsvorlage aus, dass man von den 77 Haltepunkten im Stadtgebiet von Sankt Augustin zunächst die 16 mit der höchsten Frequentierung herausgegriffen habe. Grundlage seien zum einen die politischen Diskussionen der letzten ca. zweieinhalb Jahre in diesem Ausschuss, zum anderen aber auch die EU-Gesetzgebung, welche zwischenzeitlich in nationales Recht umgesetzt wurde. Letzteres besage, dass spätestens bis zum Jahr 2022 alle Haltepunkte barrierefrei zu gestalten seien.

Er schlage vor, die heute vorgetragenen Bedenken als Prüfaufträge mitzunehmen, um diese dann in der Sitzung im September als ein komplettes Paket mit Vorschlägen der Verwaltung zum Umgang mit diesen Bedenken vorzulegen.

Frau Jung von der FDP-Fraktion hätte es begrüßt, wenn es im Verfahren die Möglichkeit gegeben hätte, auch schriftliche Fragen einzureichen, welche dann gebündelt behandelt würden. Sie rege weiterhin an, eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, da sie an mehreren der aufgeführten Haltestellen Konfliktpotenzial sehe. Hier könne dann bereits eine Vorberatung erfolgen.

Zudem müsste auch die Bürgerschaft mit einbezogen werden.

Weiterhin würde sie interessieren, wie hoch sich der kostenmäßige Eigenanteil der Stadt darstelle.

Der Ausschussvorsitzende schlug für das weitere Verfahren vor, die Anmerkungen aus der Politik heute nicht mündlich zu behandeln, sondern diese schriftlich einzureichen. Auch sei es möglich, bei besonders problematischen Haltepunkten Ortstermine zu vereinbaren.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlug eine Aufteilung vor. Es wäre sicher sinnvoll, zu einer Vielzahl der Haltestellen der Verwaltung die Anregungen und Bedenken schriftlich vorzulegen. Bei den Haltepunkten „Mülldorf“ und „Menden Markt“ hielte er es aber für besser, diese heute konkret zu behandeln, um so zu vermeiden, dass hierzu erst im September eine Diskussion geführt würde.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion führte aus, dass dies, noch bevor der Antrag formuliert war, auch das Ansinnen ihrer Fraktion gewesen sei. Die Sitzungsvorlage biete jedoch für Beratungen hinsichtlich einzelner Bushaltestellen keinen Raum. Es seien bereits Vermessungen durchgeführt worden, welche die Bürgerinnen und Bürger sehr verunsichert hätten. Daraufhin sei dann die Sitzungsvorlage vorgelegt worden. Der Antrag sei zu diesem Zeitpunkt noch nicht geschrieben gewesen, da man davon ausgegangen sei, dass dies zunächst im Ausschuss beraten werde. Für die neuen sachkundigen Bürger sei die Sitzungsvorlage in Kombination mit den Beschreibungen nicht hinnehmbar, da sie die Örtlichkeiten teilweise nicht ableiten könnten. Weiterhin sei die Bushaltestelle „Mendener Straße“ falsch abgebildet.

Bezüglich des letzten Satzes des Beschlussvorschlages aus dem Antrag ihrer Fraktion stellte sie klar, dass es sicherlich nicht ihre Intention sei, bei Problemen an einzelnen Bushaltstellen das komplette Projekt zu verschieben. Es sei ihr absolut klar, dass die Verwaltung in den anderen Fällen so schnell wie möglich arbeiten können soll. Wäre dies nicht so, hätte ihre Fraktion direkt Beratungsbedarf angemeldet.

Sie wies darauf hin, dass am folgenden Tag in Menden zum Ortsteilentwicklungskonzept eine Bürgerversammlung stattfinde. Es könne nicht sein,

dass im Gegensatz dazu heute dort über eine Bushaltstelle und die Streichung von elf Parkplätzen beschlossen werde. Gleiches gelte in Niederpleis, wo im Bereich des Marktneubaus bei entsprechender Installation der Bushaltstelle 3 Stellplätze wegfallen würden. Sie bitte diese drei Punkte entsprechend abzustimmen.

Herr Kespohl von der SPD-Fraktion bat um Auskunft, in welchem Zeitraum die 16 Bushaltestellen erstellt werden sollen. Weiter merkte er an, dass es sicherlich in mehreren Bereichen Diskussionsbedarf gebe. So sei beispielsweise für den Bereich Meindorf Siedlung eine Bürgerbeteiligung anzustreben. Auch ergebe sich im Bereich der Grundschule in Meindorf durch die Verlagerung der Busse auf die Fahrbahn eine mögliche Gefährdung für die dortigen Schülerinnen und Schüler. Vor dem Hintergrund der Nordbrückensanierung sei auch zu diskutieren, ob nicht ein möglichst reibungsloser Verkehrsfluss, insbesondere im Berufsverkehr, angestrebt werden sollte. Busse, welche im fließenden Verkehr halten müssten, würden dem zuwiderlaufen.

Der Ausschussvorsitzende schlug vor, in den kleineren Problemfällen die Verwaltung heute entsprechend zu beauftragen. Im Übrigen schlug er eine Änderung des Beschlussvorschlages vor, da die entsprechend überarbeiteten Pläne erst wieder im Ausschuss diskutiert werden müssten.

Herr Metz fragte an, ob es bereits einen Zeitplan gebe und ob eine Nichteinhaltung dessen förderschädlich sei.

Zum Verfahren merkte er an, dass es sicherlich angebracht sei, sich nur den besonders kritischen Haltestellen zu widmen.

Frau Jung stellte die Frage, ob wirklich alle Haltestellen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt umgebaut sein müssten oder ob zunächst eine bestimmte Quote ausreiche.

Herr Gleß führte aus, dass die Stadt im Förderprogramm stehe. Ein Beschluss sei heute zwar nicht zwingend erforderlich. Jedoch gelte der Grundsatz, dass sich bei einer späteren Beantragung der Fördergelder auch die Wahrscheinlichkeit reduziere, dass eine entsprechende Förderung erfolge. Insofern halte er es für geboten, spätestens im Herbst einen entsprechenden Antrag stellen zu können. Er wies darauf hin, dass die Förderung bis zu 90% betragen könne.

Auch halte er es nicht für praktikabel, im Extremfall 16 Bürgerinformationsveranstaltungen durchzuführen. Hier müsse es der Verwaltung überlassen werden zu entscheiden, an welchen Stellen eine Einbeziehung der Bürger tatsächlich sinnvoll sei. Dies sei offensichtlich mindestens in Mülldorf und in Meindorf der Fall. Fakt sei, dass Umbaumaßnahmen dieser Art auch in die Lebensgewohnheiten der Menschen eingriffen. Dies gelte es zu berücksichtigen. Sein Ziel sei es, bis zur nächsten UPV-Sitzung wohl abgewogen und mit Hilfestellung der Politik und der Bürgerschaft kleinteilige Planungen für die 16 in Rede stehenden Bushaltestellen zu entwickeln.

Frau Feld-Wielpütz bat, den Antrag der CDU-Fraktion um die Haltestellen „Menden Markt“ und „Niederpleis Hauptstraße“ zu erweitern. Darüberhinausgehende sich herauskristallisierende größere Problemfelder könnten dann seitens der einzelnen Fraktionen unmittelbar an die Verwaltung herangetragen werden.

Hinsichtlich der Haltestelle „Niederpleis Hauptstraße“ führte Herr Puffe ergänzend aus, dass es dort zurzeit einige Verwirrungen hinsichtlich der Parkplatzsituation vor der Post gebe. Hier rege er an, im Zuge der bevorstehenden Realisierung die Möglichkeit zu prüfen, die Bushaltestelle um 3 bis 4 Meter zu verschieben, um so einen Parkplatz mehr zu schaffen.

Der Ausschussvorsitzende merkte an, dass diese Bushaltstelle von der Sitzungsvorlage nicht erfasst sei.

Herr Gleß antwortete, dass er das Gefühl habe, man sei der Petentin in entsprechenden Gesprächen entgegengekommen. Nach seiner Beobachtung seien die vorhandenen Parkplätze jeweils immer mit Dauerparkern belegt. Ein Fahrzeug der DHL habe er dort nie stehen sehen. Vielmehr sollten sich Geschäftsleute vor Ort über die bevorstehende steigende Frequentierung freuen, welche mit dem neuen Markt entstände, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Geschäfte von dem neu entstehenden Parkplatz fußläufig erreichbar seien. Es sei im Bereich der Hauptstraße einfach kein Platz, um mehr Stellfläche für einzelne Fahrzeuge der DHL zu generieren.

Herr Kourkoulos von der SPD-Fraktion erkundigte sich nach dem weiteren Vorgehen. Er schlage vor, mit den Ortskundigen der einzelnen Fraktionen jeweils ein Treffen durchzuführen, um die konkreten Probleme für den jeweiligen Ortsteil zu diskutieren. Die so vorbereiteten Vorschläge würden dann in einer nächsten Sitzung des UPV diskutiert.

Der Ausschussvorsitzende wies darauf hin, dass in der Vergangenheit bereits einige Bushaltestellen ohne Beteiligung der Politik durch die Verwaltung umgebaut wurden. Es sei richtig, seitens der Politik Vorschläge zu unterbreiten. Es bleibe jedoch originäre Aufgabe der Verwaltung, diese Anregungen aufzugreifen und umzusetzen oder nicht umzusetzen. Ein Sondertreffen für jede einzelne Bushaltestelle wäre daher mehr als unpraktikabel.

Herr Müller von der CDU-Fraktion erinnerte an den Umbau der Gewerbegebietszufahrt Buisdorf vor einigen Jahren, im Zuge derer die Bushaltestelle Ringstraße zunächst aufgerissen und anschließend wieder in den ursprünglichen, also nicht barrierefreien, Zustand versetzt wurde. Einigen Bürgerinnen und Bürgern sei es möglicherweise schwer zu vermitteln, dass diese nun wieder baulichen Maßnahmen unterzogen würde.

Herr Metz merkte hinsichtlich Niederpleis an, dass es durchaus im eigenen Interesse der Postfiliale sei, die unmittelbaren Parkplätze freizuhalten.

Er erinnere sich an die Versetzung der Bushaltstelle „Kirche“ in Meindorf. Dies sei ohne Befragung des Ausschusses durch die Verwaltung erfolgt. Heute gehe es um den Umbau zahlreicher Bushaltestellen. Hierzu könne der Ausschuss in schriftlicher Form der Verwaltung Fragen und Anregungen vorlegen. Er stimme jedoch Frau Feld-Wielpütz insbesondere in den Fällen Mülldorf und Menden zu, dass hier aufgrund der engen städtebaulichen Zusammenhänge tiefergreifende Informationen erforderlich seien. In den anderen Fällen empfehle er, umliegende Anwohner mit Postwurfsendung kurz anzuschreiben und über die geplanten Maßnahmen zu informieren und ihnen so auch Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.

Herr Gleß unterstützte Herrn Metz in seinem Vorschlag. Er begrüße es, wenn sich die Fraktionen schriftlich zu den einzelnen Haltestellen äußerten. Den Vorschlag hinsichtlich der Postwurfsendungen werde er ggf. aufgreifen. Auf dieser Grundlage würde dann die Sitzung im September entsprechend vorbereitet. Sollte dabei festgestellt werden, dass die Verwaltung die Fraktionen zwischendurch noch einmal informieren müsse, so wäre dies sicherlich an einem Montagabend interfraktionell zu diskutieren. Dies hänge jedoch im Wesentlichen von der Fülle der Eingaben ab. Im Fall des Ortsteils Menden käme noch der zeitliche und kausale Zusammenhang zum Ortsteilentwicklungskonzept hinzu. In Mülldorf würde er antragsgemäß das Gespräch mit den Anwohnern suchen.

Frau Jung schlug vor, die Information, dass die Bushaltstellen bis zum Jahr 2022 barrierefrei herzurichten seien, durch die Verwaltung als Pressemitteilung kundzutun. So würde man sich eventuell bereits im Vorfeld einige Diskussionen, auch mit der Bürgerschaft, ersparen.

Der Ausschussvorsitzende fasste den weiteren Verfahrensgang insofern zusammen, dass entsprechend dem Antrag der CDU-Fraktion hinsichtlich Mülldorf und der Haltestelle „Menden Markt“ jeweils eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden solle, letztgenannte jedoch nur, wenn sich die offenen Fragen nicht bei der Bürgerbeteiligung zum Ortsteilentwicklungskonzept am 3. Juli bereits erledigten. Weiterhin würde eine Information an die jeweils umliegenden Bürger erfolgen. Gleichzeitig reichen die Fraktionen ihre Fragen an die Verwaltung schriftlich weiter. Sollte die Verwaltung erkennen, dass es zu einzelnen Haltestellen dabei erheblichen Diskussionsbedarf gebe, schlägt diese ein interfraktionelles Treffen vor. Dies alles würde dann für die Sitzung des UPV im September vorbereitet.

Herr Kespohl signalisierte die Zustimmung für die SPD-Fraktion zu diesem Verfahrensvorschlag. Er wies noch einmal darauf hin, dass es in Meindorf um die Sicherheit von Schülern einer ganzen Grundschule gehe.

Dann ließ der Ausschussvorsitzende über den dargelegten Verfahrensvorschlag abstimmen.